

Mammutsitzung zur Zukunft der Windkraft

160 Lokalpolitiker aus zehn Gemeinden kommen im Juli zu einem außergewöhnlichen Termin zusammen.



Was den Widerstand gegen mögliche Windräder betrifft, bleibt beispielsweise Rodings Bürgermeister Franz Reichold gelassen: Das störe nur die jetzige Generation, die nächste nehme es als gegeben hin.

vorgeschriebene Aufgabe der Gemeinde, ihre Bürger mit Energie zu versorgen, zum anderen sei es von Beginn an erklärte Absicht, die kommunale Wertschöpfung zu erreichen und die Bürger zu beteiligen. Sobald die möglichen Standorte bekannt sind, sei der Bürger zweifach gefragt, erklärte Löffler: Einmal im Verfahren der Auslegung, um Einwände und Verbesserungen geltend zu machen und andererseits im wirtschaftlichen Wettbewerb, um sich als Akteur auch an einer Bürgerwindanlage zu beteiligen.

Etwas weiter als im westlichen Landkreis ist die Arbeitsgemeinschaft aus sechs Gemeinden im Altlandkreis Waldmünchen. Dort haben alle Gremien bereits den Aufstellungsbeschluss gefasst: Also ganz formal erklärt, dass sie einen Teilflächennutzungsplan für die Windenergie aufstellen wollen. Bis zum Juni, also einen Monat früher als im westlichen Landkreis, soll die öffentliche Auslegung des Flächennutzungsplans beginnen. Auch hier werden 100 bis 120 Gemeinde-, Markt- und Stadträte gemeinsam den Beschluss fassen.

Etwa zwei bis drei Konzentrationsflächen für Windräder werde es im Altlandkreis Waldmünchen geben, vermutet Bürgermeister Markus Ackermann, dessen Stadt Waldmünchen die Arbeitsgemeinschaft leitet. Ziel sei es, dieerspargelung der Landschaft durch Konzentrationsflächen zu verhindern und dennoch die Windenergie zu nutzen. Dabei soll ein regionaler Wirtschaftskreislauf entstehen. „Das ist absolut gerechtfertigt“, sagt Ackermann. Wenn schon hier die Potenziale der Windenergie entstünden, dann sollten auch die Bürger etwas davon haben.

Das Risiko heißt Schwarzstorch

Auf Nachfrage bestätigt er, dass bereits 2013 mit dem Bau einer ersten Anlage im Raum Waldmünchen begonnen werden könne. „Dafür muss alles wie geschmiert laufen. Aber das haben wir nicht in der Hand“, sagt Ackermann.

Zum einen wisse man nicht, welche Widerstände es gegen die Windkraftanlagen gebe, zum anderen müsse jeder Standort im Detail geprüft werden. Gerade weil es um Bürgerwindanlagen gehe, müsse die Windhöflichkeit, also das durchschnittliche Windaufkommen am Standort, bekannt sein. Nur so lasse sich die Rendite einschätzen, sagt

Von Martin Hladik

Landkreis. Eine außergewöhnliche Veranstaltung erwartet den westlichen Landkreis im Juli. 160 Gemeinderäte aus zehn Gemeinden des Landkreises Cham und des Landkreises Regensburg werden sich in Würth treffen, um gemeinsam einen Beschluss zur Windkraft zu treffen: nämlich die öffentliche Auslegung eines Teilflächennutzungsplans für die Windkraft. Der Entwurf gilt dann für alle zehn Gemeinden und überschreitet Gemeinde- und Landkreisgrenzen.

„Das soll ein Paukenschlag für alle werden. Jeder soll zum gleichen Zeitpunkt den gleichen Wissensstand haben.“ So stellt sich der Falkensteiner Bürgermeister Thomas Dengler die Bekanntgabe der Konzentrationsflächen für Windkraft im Bereich des westlichen Landkreises vor. Die Bekanntgabe der Standorte soll nicht nur die Faktenlage für die sicher noch anstehende Diskussion um die Windkraftanlagen auf das gleiche Niveau bringen, sondern auch mit der Bekanntgabe der Vorrangflächen für Windenergie den Startpunkt für mögliche Investoren setzen. Allerdings haben Investoren mit kommunalen Beteiligungen durch ihr Vorwissen trotzdem einen Startvorteil.

Bürger sind zweifach gefragt

Das sei durchaus gewünscht, erklärt Landrat Franz Löffler. Zum einen sei es eine in der Verfassung

Ackermann. Wichtig sei aber auch das Gutachten zur Flora und Fauna. Der im Grenzgebiet vorkommende Schwarzstorch könne sehr schnell einen Windradstandort verhindern.

Noch nicht so weit wie die bisher genannten Regionen ist man rund um Roding und im Künischen Gebirge. Der Rodinger Bürgermeister Franz Reichold erklärt für die fünf beteiligten Gemeinden, dass derzeit der Planungsauftrag vergeben sei, der Aufstellungsbeschluss für den Flächennutzungsplan aber erst zu Jahresende erfolgen werde. Reichold ist überzeugt, dass sich in den großen Bereichen des Staatsforstes Vorrangflächen für die Windenergie finden lassen. Was den Widerstand gegen mögliche Windräder betrifft, bleibt Reichold gelassen: Das störe nur die jetzige Generation, die nächste nehme es als gegeben hin.

Am wenigsten weit ist man bislang im Künischen Gebirge. Der Bürgermeister von Eschlkam, Josef Kammermeier, kann noch keine Angaben zu einem Aufstellungsbeschluss geben. Derzeit liefen die ersten Voruntersuchungen. Dabei hatte der Versuch des Investors Helmut Aiwanger, bei Eschlkam ein Windrad aufzustellen, vor rund einem Jahr einen Anstoß zu der jetzigen Entwicklung gegeben.

Eine Entwicklung, die Landrat Löffler massiv angestoßen hat, und mit der er ein Jahr danach zufrieden ist. Der Kritik Aiwangers, dieser bürokratische Prozess verzögere den Windradbau so lange, bis er sich nur noch für Stromkonzerne lohne, begegnet Löffler mit drei Argumenten. Zum einen werde durch die Flächennutzungspläne massive Vorarbeit geleistet, die im weiteren Verlauf wieder einen Zeitvorteil verschaffe, zum anderen hofft Löffler insgeheim auch darauf, dass die Beteiligung der Bürger bei der Planung und bei der Finanzierung in Bürgerwindanlagen die Akzeptanz der Windkraft steigert. Ein neues Argument ist zudem die verbesserte Wirtschaftlichkeit der Anlagen. Die würde die sinkenden Einspeisevergütungen deutlich übertreffen, sagt Löffler.

Auch wegen dieser technischen Entwicklung sei man nicht zu Landkreisen wie Hof ins „Hintertreffen“ geraten. Zudem gelte es, die Interessen der Energiegewinnung mit den Interessen von „Mensch, Natur und Landschaftsbild“ in Einklang zu bringen.

URL: <http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10059&lid=0&cid=0&tid=0&pk=780997>